

Haushaltsrede des Vorsitzenden
der Linke im Rat der Stadt Dorsten
zur Verabschiedung des Haushaltes 2026

Es gilt das gesprochene Wort

**Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen der Demokratischen Parteien,**

wie meine Vorredner bereits angesprochen haben, ist die finanzielle Lage der Stadt kritisch. Dies ist zum großen Teil nicht die Schuld der Stadt selbst, sondern ein Versagen der Bundes- und Landespolitik. Kommunen wurden über einen viel zu langen Zeitraum vernachlässigt und das Konnexitätsprinzip nicht eingehalten. Jetzt stehen wir nicht alleine vor diesem Problem. Es gibt einen riesigen Investitionsrückstand, auch leider in Dorsten. Wir kennen das Problem, Schulen sind marode, der Verwaltung fehlen Mitarbeiter und Projekte, die nötig und richtig wären, werden nicht umgesetzt.

Jetzt sind wir nicht die Bundesregierung, also bleibt uns nichts anderes übrig als das Beste aus einer schlimmen Situation zu machen. Das heißt nicht, an kritischen Stellen zu sparen. Dies wird nur zu Mehrkosten in der Zukunft führen.

Wir sehen aktuell eine Explosion in den Kosten für Kinder- und Jugendhilfe von über 44 Millionen Euro. Allein der Zuschuss für Soziale Leistungen steigt auf über 10 Millionen. Dies ist auch das Resultat fehlender Ressourcen für frühkindliche Bildung und für die Jugendförderung.

Dies sind notwendige Ausgaben in der Zukunft der kommenden Generationen; kein Luxus, bei dem wir sparen können. Die Kostenexplosion in der Jugendförderung zeigt uns, wie kurzfristiges Sparen zu langfristigen Kosten wird.

Unser Haushalt braucht eine langfristige Planung und kein Sparen bis wir zusammen brechen.

Steigende Sozialleistungen immer zu kritisieren bringt uns nichts, da dies nur ein Zeichen dafür ist, wie es den Menschen in unserer Gesellschaft ergeht.

Wenn es unser Interesse ist, die Kosten zu senken, müssen wir uns auch als eine zusammenhaltende Gesellschaft sehen.

Letzte Woche kam ein gutes Signal im Sinne von Quartiersarbeit. Solche Strukturen müssen wir als Kommune aufbauen!

Beratungsangebote müssen vor Ort geschaffen werden zum Gemeinwohl für alle.

Leider kommt von Bundesebene ein gegenteiliges Signal. Es wird vom Bürokratieabbau geredet. Wenn ich mir unsere Verwaltung ansehe, kann ich dies nur als Witz interpretieren, darüber wie viele Posten in der Verwaltung nicht besetzt werden.

Auch hier, wenn wir im Haupt- und Finanzausschuss über Personal für den allgemeinen Sozialen Dienst reden, wird von der Büchse der Pandora gesprochen.

Vielleicht sollten wir mal in diese Büchse rein gucken und nicht immer wegsehen, wenn es darum geht, Personal für wichtige Leistungen der Stadt anzuschaffen.

Wenn wir eine wirklich digitale Verwaltung haben wollen, müssen wir diese finanzieren, um langfristig Kosten zu sparen. Das heißt, wir brauchen mehr Personal mit technischen Ressourcen, um Veränderung möglich zu machen.

Dann könnten wir vielleicht auch die Aufträge aus Berlin besser bewältigen, wie wenn ein sogenannter "Bau Turbo", der den Wohnungsbau beschleunigen soll.

Was wir wirklich brauchen ist natürlich ein größerer Anteil von sozialem Wohnungsbau, damit in unserer Stadt ein bezahlbares Wohnen für alle möglich ist.

Dorsten braucht bessere ÖPNV Verbindungen, gerade die Anbindung einiger Stadtteile ist eher mangelhaft. Jeder, der in unserer Kommune wohnt, sollte die Möglichkeit haben, am öffentlichen Leben teilzunehmen, ohne auf das Auto angewiesen zu sein.

Unsere Stadt braucht mehr Klassenräume, damit die Schüler nicht in überfüllten Klassen unterrichtet werden müssen.

Wir brauchen mehr Deutschkurse, damit eine Integration möglich ist. Damit geben wir den Menschen die Möglichkeit, unsere Wirtschaft zu unterstützen und Schüler müssen Klassen nicht wiederholen wegen fehlender Deutschkenntnisse.

Wie gesagt, es geht mir um langfristige Planung.

Wir sind uns natürlich bewusst, dass der finanzielle Rahmen der Stadt begrenzt ist, aber dies ist nicht weil Dorsten so viel Geld verschwendet, sondern wegen Entscheidungen aus Berlin und Düsseldorf. Es kommen einmalige Finanzspritzen, damit es nur gerade noch so weiter geht, anstelle von strukturellen Reformen, von denen wir alle wissen, dass sie nötig sind.

Wie es dazu kommen konnte, müssen Sie die anderen Parteien fragen.

Anstelle von Entlastung der Kommunen, kommt jetzt die Senkung der Körperschaftssteuer.

Laut dem Deutschen Institut für Urbanistik kommen wir in Deutschland auf einen Investitionsrückstand von über 215 Milliarden Euro in den Kommunen.

Wir brauchen das Geld für unsere Schulen und Kitas, die kommunalen Straßen und Gebäude und vieles mehr, von dem wir alle profitieren.

Ja, wenn der Bund das Geld nicht braucht, wir schon. Also schlagen wir, die Linken, vor, dass wir den Hebesatz der Gewerbesteuer in den kommenden Jahren anziehen.

Gerade mit der Absenkung der Körperschaftsteuer gibt es hier ein Potential, dass unserem Haushalt helfen kann.

Wenn Sie die anderen demokratischen Parteien fragen, werden diese alle sagen, dass wir bereits so viel sparen wie nur möglich und fast nur noch die uns auferlegten Pflichtaufgaben einer Kommune erfüllen.

Es gibt also nichts mehr zu sparen, unserer Ansicht wurde schon zu viel gespart.

Also müssen wir unser Einkommen erhöhen. Denn es ist nicht mehr eine Frage, ob die Stadt pleite geht, sondern nur noch wann.

Eine Erhöhung der Erwerbssteuer könnte uns die finanziellen Mittel geben, um lange genug auszuhalten und wichtige Investitionen zu tätigen, bis strukturelle Reformen kommen.

Und falls diese nicht kommen, werden, sobald wir Insolvenz anmelden, unsere Hebesätze sowieso auf das Maximum gesetzt.

Natürlich, niemand mag Steuererhöhung, diese sind jedoch nötig dank Versagen in den Bundes- und Landesregierungen. Einige unserer Nachbarkommunen haben bereits höhere Hebesätze und wie gesagt, wir laufen schon seit langem in die Insolvenz.

Wir können es uns nicht leisten, unseren Kopf in den Sand zu stecken, so wie Düsseldorf oder Berlin.

Dorsten muss Handlungsfähigkeit beweisen.

Vielen dank für Ihre Aufmerksamkeit